



**Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen**

**Wintersession des Nationalrates:**

## **Ein Basler Bundesrat und intensive Debatten**

Thürnen, 3. Januar 2024

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Ich hoffe, Sie sind alle gut ins Neue Jahr gestartet. Ich habe die Festtage genossen und mich ein wenig von der intensiven Zeit im Wahlkampf erholt. Die Batterien sind frisch geladen und ich freue mich nun auf das "politische 2024". Hier aber noch der Rückblick auf die Wintersession, der Ihnen einen guten Einblick gibt, was alles gelaufen ist, in Bern.

Zu Beginn der 52. Legislatur am 4. Dezember 2023 nahmen 54 neue Nationalrätinnen und Nationalräte sowie 13 neue Ständerätinnen und Ständeräte die Arbeit auf. Alleine unsere Fraktion hat neun neue Mitglieder, deren zwei im Ständerat und sieben im Nationalrat. Das gibt vor allem neuen, frischen Wind in die Fraktion. Ein Dämpfer ist, dass wir zwei Sitze verloren haben, welches sich auch bei der Verteilung der Kommissionssitze und der Präsiden auswirkt hat. Die Zuteilung der Kommissionen und Präsiden ist eine sehr schwierige Aufgabe, denn alle Wünsche kann man dabei nicht erfüllen - es gehört zum Comment, dass die neuen Parlamentarier sich einordnen und den langgedienten den Vorrang geben. Ich freue mich auf die neue Legislatur mit neuen, interessanten Persönlichkeiten in unserer Fraktion, gleichzeitig verbunden mit neuen Herausforderungen auch als wiedergewählte Vizefraktionspräsidentin.

Die wohl wichtigste Aufgabe in der Wintersession war die Wahl der Landesregierung – ein Höhepunkt auch aus der Sicht unserer Region. Nach dem Rücktritt von Hans-Peter Tschudi vor 50 Jahren hat Basel wieder einen Bundesrat. Dass gleichzeitig auch noch das Präsidium des Ständerates und des Nationalrates in der Hand von Vertretern aus Basel-Stadt und Baselland sind, ist zwar sachpolitisch nicht bedeutsam, aber dennoch eine erfreuliche Situation.

### **Bundesratswahlen – Höhepunkt der Wintersession 2023 ([23.214](#))**

Alle vier Jahre, nach den eidgenössischen Wahlen, wählt die vereinigte Bundesversammlung die sieben Mitglieder der Landesregierung. Eine ungeschriebene Regel besagt, dass kein amtierendes Mitglied der Landesregierung abzuwählen sei. Mit dem Rücktritt von SP-Bundesrat Alain Berset hatten wir eine Vakanz zu besetzen. Der Anspruch der SP auf den zweiten Sitz war unbestritten – sofern die Linke keine Spielchen rund um die Wiederwahl die FDP-Bundesratssitze machte. Die Spekulationen im Vorfeld sorgten wie üblich für Spannung – und stellten sich wie fast immer als Stürme im Wasserglas heraus. Dennoch mussten wir alle Signale im Vorfeld ernst

nehmen und wir haben viele Gespräche geführt. Alle amtierenden Bundesräte wurden bestätigt. Bei der Ersatzwahl für Alain Berset obsiegte im dritten Wahlgang der Basler Regierungspräsident Beat Jans mit 124 Stimmen. Unsere Region, der zweitwichtigste Wirtschaftsstandort der Schweiz, hat nach 50 Jahren endlich wieder einen Bundesrat.

### **Bundesfinanzen droht Schieflage (23.041)**

«Die Ausgaben wachsen schneller als die Einnahmen», warnte FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter schon zu Beginn der Debatte. In Zukunft drohen Defizite in Milliardenhöhe. An je fünf Tagen war der Voranschlag pro 2024 Thema in National- und Ständerat und endete in der Einigungskonferenz zwischen den beiden Räten.

Nachdem der grösste Teil des Budgets relativ schnell bereinigt war, rückten einige Knackpunkte in den Mittelpunkt der Diskussion. Ein wichtiger Diskussionspunkt war der Budgetposten für humanitäre Aktionen, wo eine Kürzung von 20 Millionen Franken bei der UNWRA zur Diskussion stand. Der Bundesrat sprach sich gegen diese Kürzung aus, da sie bestehende Verpflichtungen gefährden und international negativ wahrgenommen werden könnte. Andere stimmten für die Kürzung, da der UNWRA unter anderem vorgeworfen wird, antisemitisches Schulmaterial zu verbreiten. Nach eingehenden Diskussionen und Informationen unterstützte ich mit der Mehrheit der Fraktion diesen Kürzung. Die Einigungskonferenz und der Rat einigten sich schliesslich auf eine Kürzung um 10 Millionen Franken, wobei allerdings die Zweckbindung der Kürzung für die UNWRA aufgehoben wurde, was ich inkonsequent fand und nicht dem Ziel entsprechend.

Ein weiterer umstrittener Punkt betraf die bereits im Finanzplan 2025-2027 enthaltenen Armeeausgaben. An der Frage, ob das Ziel von 1% des BIP gemäss Parlamentsbeschluss bis 2030 oder gemäss Vorschlag des Bundesrates erst bis 2035 erreicht werden soll, entzündete sich eine Kontroverse um die Verteidigungsfähigkeit einerseits und die Einhaltung der Schuldenbremse andererseits. Die FDP plädierte hier für eine Gewichtung zugunsten einer schnelleren Umsetzung und einer Aufstockung der Armee. Die internationale Lage lässt nichts anderes zu. Da dieser Punkt bis zum Schluss offenblieb, beschloss die Einigungskonferenz, die sich aus Finanzpolitikern zusammensetzte, leider für den langsamen Weg des Bundesratsbeschlusses.

Grundsätzlich stand die Einigungskonferenz vor der Herausforderung, einen von beiden Seiten akzeptierten Kompromiss zu finden. Die beiden Räte konnten in der Folge nicht mehr über einzelne Budgetposten abstimmen, sondern mussten wohl oder übel die Bundesbeschlüsse als Ganzes annehmen oder ablehnen. Die Anträge der Einigungskonferenz wurden anschliessend von beiden Räten angenommen.

Trotz der erfolgreichen Verabschiedung des Voranschlags 2024 und des Finanzplans für die Jahre 2025-2027 bin ich besorgt über die düsteren finanziellen Aussichten für die kommenden Jahre. Anstelle von Steuererhöhungen oder einer weiteren Anhebung der Mehrwertsteuer ist fortan eine Prioritätensetzung auf der Ausgabenseite unabdingbar.

Es ist falsch von «Sparen» zu sprechen, sondern es geht lediglich darum das Ausgabenwachstum zu bremsen, dabei darf die Schuldenbremse auf keinen Fall aufgeweicht werden.

### **CO2-Gesetz: Ja im Grundsatz, aber Differenzen zum Ständerat ([22.061](#))**

Nach dem Ständerat im Herbst berieten wir im Nationalrat die Revision des CO2-Gesetzes für die Periode 2025 bis 2030 im Schnellzugtempo. Zu lange dauert die Debatte schon an: 2018 scheiterte die Vorlage im Parlament, eine neue Vorlage ging 2021 vor dem Volk bachab. Wichtigstes Ziel des revidierten Gesetzes: Die Reduktion der Treibhausgase bis 2030 um 50 Prozent gegenüber 1990, eine wichtige Etappe zum Netto-Null-Ziel bis 2050.

Umweltminister Albert Rösti erinnerte an das Versprechen, dass die Vorlage keine neuen Abgaben und Steuern verursachen sollte. Anreize statt Verbote lautete die Devise. Erfolgreich wehrte sich eine bürgerliche Mehrheit gegen eine Überführungspflicht für die Treibstoffimporteure, die durch die Beimischung von erneuerbaren Treibstoffen den Benzin- und Dieselpreis um bis zu fünf Rappen verteuert hätte. Auch bei der CO2-Abgabe auf Brennstoffe sorgte eine Mehrheit dafür, den Satz bei maximal 120 Franken pro Tonne CO2 zu belassen.

Verzichtet hat der Nationalrat wie schon der Ständerat auf eine Abgabe für Privat- und Businessjets. Im Gegensatz zum Ständerat will der Nationalrat die Ladeinfrastruktur für E-Autos mit bis zu 20 Millionen Franken pro Jahr fördern. Ich hoffe, dass wir die Differenzbereinigung mit dem Ständerat in der Frühlingssession abschliessen, damit das revidierte CO2-Gesetz per 1. Januar 2025 endlich in Kraft gesetzt wird.

### **Ausserordentliche Debatte Asyl ([23.9018](#))**

Das Dossier Asyl ist «unbequem»: Die Mitte verweigerte wichtige schnelle Korrekturen im Asylbereich. Den unbequemen Entscheid über die SEM-Praxis im Umgang mit den Afghaninnen schieben sie lieber auf die lange Bank und verstecken sich hinter Formalitäten - das hat mich geärgert. Auf Ordnungsantrag von SR Gmür und NR Pfister hat die Mitte wohl die kürzeste ausserordentliche Session ohne Entscheid in dieser Frage geschlossen. Die im Sommer heimlich eingeführte SEM-Praxis wird vorerst weitergeführt und Afghaninnen können unbegrenzt zuwandern – inklusive Familiennachzug. Die FDP hofft, dass in der Zwischenzeit die Schweiz nicht zu einem Magneten der Sekundärmigration wird und die Frauen sowie deren Familien quasi zu einem automatischen Bleiberecht gelangen, obschon ihnen Schutz schon in einem anderen Land zugesichert worden war.

Die illegale Migration und die Probleme bei der Rückführung von Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, beschäftigen uns alle. Im Anschluss an die ausserordentliche Session hat die kleine Kammer drei Motionen von Ständerat Damian Müller behandelt. Leider hat die Mitte auch hier zusammen mit der Linken unsere Motion für ein Pilotprojekt zur Rückführung von illegal anwesenden Eritreern versenkt. Damit bleiben die meisten Eritreer unberechtigterweise in der Schweiz, obwohl sie nicht schutzbedürftig sind.

Interventionen gegen die Aussetzungen des Dublin-Abkommen von Italien sowie Bemühungen in der Rückkehroffensiven mit Algerien wurde mit einer knappen Mehrheit dem Bundesrat überwiesen. Wir werden uns weiterhin für eine harte, aber faire Migrationspolitik stark machen.

Und noch in eigener Sache: Für einmal erhalten Sie den Sessionsrückblick leider erst im neuen Jahr. Zu knapp war die Zeit vor den Feiertagen, denn die Session endete erst am Freitag vor Weihnachten. Das schöne daran: Ich darf Ihnen allen für das bereits angelaufene Jahr 2024 gute Gesundheit und viel Erfolg bei all Ihren Vorhaben wünschen. Für uns alle wünsche ich mir, dass die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten ein Ende finden und 2024 ein Jahr wird, das als Friedensjahr in die Geschichtsbücher eingehen wird.

Herzlich,



**Daniela Schneeberger**

Nationalrätin FDP BL

**Kontakt:**

[daniela.schneeberger@parl.ch](mailto:daniela.schneeberger@parl.ch)

[www.danielaschneeberger.ch](http://www.danielaschneeberger.ch)

[www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)